

Pauschalsteuer-Abschaffungsinitiative: AL kritisiert Ablehnungsantrag der Regierung

Ohne Erstaunen hat die Alternative Liste (AL) vom Ablehnungsantrag der Regierung zu ihrer Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionäre“ Kenntnis genommen. Die AL kritisiert den völlig oberflächlich begründeten Antrag der Regierung und ist zuversichtlich, dass ihre Initiative beim Volk Zustimmung finden wird.

Business-Nomaden und Schein-Erwerbslose

Mit keinem Wort geht der Regierungsrat in seiner kurzen Weisung auf die problematische Tatsache ein, dass zwei Drittel der Pauschalbesteuerten Domizil in der Stadt Zürich haben. Bei vielen dürfte es sich dabei nicht um Rentner handeln, die in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sondern um eigentliche Business-Nomaden oder Schein-Erwerbslose, die faktisch ihre Firmenkonglomerate von hier aus managen. Ein besonders skandalöser Fall ist der seit November 2004 in der Stadt Zürich domizilierte russische Multimilliardär Viktor Vekselberg. Vekselberg managt als Verwaltungsrat sein Imperium über die Renova Management AG in Zürich und beteiligt sich über Holding-Gesellschaften in Panama, den Bahamas und Oesterreich an zürcherischen Firmen wie Züblin, OC Oerlikon und Sulzer. Hier liegt aus Sicht der AL ganz eindeutig eine nur vordergründung über die Ausland-Holdings kaschierte inländische Erwerbstätigkeit vor, die den Pauschalsteuer-Status ausschliesst. Hierzu ist auch ein Vorstoss im Zürcher Gemeinderat pendent.

Fatale Auswirkungen auf den Immobilienmarkt

Kein Wort verliert der Regierungsrat auch über die problematischen Auswirkungen der Pauschalbesteuerung auf den Immobilienmarkt. Es ist offenkundig, dass ein pauschalbesteuerter Millionär angesichts der massiven Steuerersparnis für seine Liegenschaft marktverzerrende Fantasiepreise bezahlen kann. Ein intimer Kenner der Materie, der Goldküsten-Immobilienmakler Claude Ginesta, hat kürzlich auf diese Problematik hingewiesen: „Diese scheinbar intransparenten Pauschalbesteuerungen führen zu einer Irrationalität im Immobilienmarkt, weil Käufer dank den erreichten Steuerprivilegien nicht monetäre Gründe für einen Liegenschafts Kauf anbringen können und Preise bezahlt werden, welche eigentlich nicht nachvollziehbar sind. Für einen vermögenden Käufer aus Deutschland kann sich ein Umzug derart lohnen dass hohe sechs- oder sogar siebenstelligen Aufpreise auf bisher gehandelte Marktpreise nicht der Rede wert sind.“ (Sonntagszeitung, 5. August 2007) Ginesta schliesst: „Glücklicherweise regt sich auch in freisinnig orientierten Kreisen langsam Widerstand gegen die diskussionswürdige Praxis der Steuerabkommen.“ Nur beim bürgerlich dominierten Regierungsrat ist davon noch nicht viel zu verspüren...

Zürich braucht keine Lockvogelangebote

Noch ist es Zeit, die erst 1999 eingeführte Pauschalbesteuerung abzuschaffen, ohne dass ein finanzieller Flurschaden eintritt. 2005 waren es 103 ausländische Millionäre, die von diesem Steuerprivileg profitierten und an Bund, Kanton und Gemeinden je ca. 5 Mio Franken Steuern entrichteten. Für den Kanton entspricht das etwa einem Neuntel, für die Stadt Zürich etwa einem Drittel eines Steuerprozentes. Damit liegen die heutigen Einnahmen im Bereich der Budgetunschärfe. Im Gegensatz zu Randkantonen hat es Zürich nicht nötig, Steuerflüchtlinge und Steueroptimierer mit Lockvogelangeboten anzuziehen. Google und Zattoo kommen auch ohne Pauschalbesteuerung hierher. Die AL ist zuversichtlich, dass das Zürchervolk der Abschaffung dieses ungerechten Steuerprivilegs zustimmen wird.

Zürich, 16. August 2007

Für die Alternative Liste: Niklaus Scherr, Gemeinderat (044 296 90 39, n.scherr@mvzh.ch)